

## **PRESSEINFORMATION**

# **Industriestandort Österreich braucht intelligente Energie- und Klimapolitik**

**Für zukünftige Industrieinvestitionen in Österreich ist die Energieabgabenvergütung unerlässlich.**

Eines der brennendsten Themen des vergangenen Wahlkampfes war die Diskussion um den Klimawandel und die damit einhergehende Umstellung des Energiesystems. Dabei ist die Integration von Erneuerbaren Energieträgern unter gleichzeitiger Wahrung der absolut notwendigen und höchstmöglichen Versorgungssicherheit die größte Herausforderung. Diese wichtigen und komplexen Themen wurden im Rahmen eines Gipfeltreffens der Industriesparten der Bundesländer Steiermark, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg diskutiert und mit einem Maßnahmenpaket hinterlegt.

Als eines der Topthemen für die Standortsicherung der Industrie gilt vor allem das bestehende System der Energieabgabenvergütung für energieintensive Branchen. An diesem notwendigen Instrument darf auf nationaler aber auch auf europäischer Ebene nicht gerüttelt werden.

„Da Energie in Österreich für die Industrie sehr teuer ist, würde eine Verschärfung des bestehenden Systems die Wettbewerbsfähigkeit von etlichen Industriebranchen wesentlich gefährden. Einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion der Treibhausemissionen mit doppelter Dividende könnte dagegen durch eine massive Anhebung der Förderung bei energiesparenden Maßnahmen im Gebäudesektor erreicht werden. Dies bedeutet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Gleichzeitig würde durch eine Belebung der Bauwirtschaft bei rückläufiger Konjunktur die Wirtschaft angekurbelt. Außerdem bleibt in diesem Fall der größte Teil der Wertschöpfung in Österreich“, sagt Max Oberhumer, Obmann der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Steiermark.

**Werden mehr Güter hierzulande erzeugt, verringern sich klimaschädliche Emissionen um die Hälfte!**

Denn die Treibhausgas-Emissionen machen vor nationalen Grenzen nicht Halt. Unser Ziel im Kampf gegen den Klimawandel muss es daher sein, Beiträge zur globalen Treibhausgas-Reduktion zu liefern. Diese Aussage wird durch die Studie „climApro“,

die das Institut für Industrielle Ökologie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich mit Zahlen und Fakten untermauert.

„In der Studie wurde errechnet, dass eine zusätzliche nationale Produktion zwar auch zu Mehremissionen in Österreich führt, dem stehen aber - global gesehen - in der gesamten Wertschöpfungskette deutlich größere Einsparungen gegenüber. Umgekehrt steigen als Folge einer Produktionsverlagerung ins Ausland inklusive Transportkosten die Emissionen um 1,9 Tonnen, während in Österreich eine Tonne CO<sub>2</sub> weniger emittiert wird. Das wäre eindeutig kontraproduktiv“, so Oberhumer weiter.

„Die Ergebnisse zeigen also ganz klar, dass der Hebel zur CO<sub>2</sub>-Reduktion sehr groß ist, wenn dort produziert wird, wo Technologie, Effizienz und Energiemix am besten sind, nämlich am Industriestandort Österreich. Unterm Strich wirkt sich eine Reindustrialisierung Österreichs eindeutig positiv auf die Klimabilanz aus. Daher muss die Energieabgabenvergütung auf jeden Fall bestehen bleiben“, führt Oberhumer abschließend aus.

Die Industriesparten der Bundesländer Steiermark, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg haben im Rahmen ihrer Kooperation Lösungsansätze erarbeitet und setzen gemeinsame Initiativen und Maßnahmen für eine realistische und wirtschaftsfreundliche Klima- und Energiepolitik.

Graz, 25. Oktober 2019

Rückfragehinweis:

Dr. Andreas Fössl  
Spartengeschäftsführer Industrie  
+43 316 601 627  
andreas.foessler@wkstmk.at